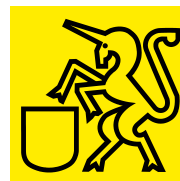




13. Sitzung des Gemeinderates *Doppelsitzung*

Datum, Zeit	Montag, 2. Oktober 2023, 19:00 Uhr bis 21:06 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Patrick Schärli (die Mitte/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Rafa Tajouri (FDP) Katrín Vögeli (glp/GEU) Roland Wüest (SP) Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) Tiefbauvorstand Adrian Ineichen (FDP) Stadtschreiber Mathias Vogt
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzählende	Alexandra Freuler (SP) Oliver Kellner (Grüne) Sarah Steiner (SVP)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 12. Sitzung vom 4. September 2023
3. Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach»
GR Geschäft Nr. 16/2023
4. Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse»
GR Geschäft Nr. 17/2023
5. Neubau Schulanlage Birchlen mit zentraler Produktionsküche und Musikschulzentrum; Kreditantrag
GR Geschäft Nr. 18/2023
6. Timeout, Angebot als Teil des Kompetenzzentrums Sonderpädagogik; Pilotprojekt 2024-2028
GR Geschäft Nr. 19/2023

1. Mitteilungen

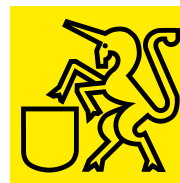
Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst die Anwesenden im Saal und am Livestream.

Für diese Sitzung haben sich Rafa Tajouri (FDP), Katrin Vögeli (glp/GEU) und Roland Wüest (SP) entschuldigt. Theo Johner (die Mitte/EVP) wird etwas verspätet eintreffen. Es sind somit 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Ausserdem haben sich Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU), Tiefbauvorstand Adrian Ineichen (FDP) und Stadtschreiber Mathis Vogt abgemeldet. Der Stadtschreiber wird durch den stellvertretenden Stadtschreiber und Geschäftsleiter Simon Winistörfer vertreten.

Der Gemeinderat verabschiedet die Gemeinderätin Eveline Schanz. Sie hat ihr Amt an der Gemeinderatssitzung vom 6. März 2017 angetreten und hat somit über sechs Jahre im Gemeinderat politisiert. Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) dankt ihr für den Einsatz und wünscht ihr für die grossen anstehenden Veränderungen nur das Beste und für ihre Familie einen guten Start in den neuen Lebensabschnitt mit dem Baby.

Applaus



Nächstes Jahr wird der Gemeinderat Dübendorf sein 50-Jahr-Jubiläum feiern. Dazu wird einerseits eine Gemeinderatssitzung exakt 50 Jahre nach der ersten Gemeinderatssitzung, am Montag, 11. März 2024 abgehalten, in deren Anschluss es einen Apéro für die Öffentlichkeit geben wird. Zusätzlich wird das 50-Jahr-Jubiläum mit den aktuellen und ehemaligen Gemeinderats- und Stadtratsmitgliedern mit einem Festakt gefeiert. Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) bittet die Anwesenden, sich dafür den Samstag, 15. Juni 2024 ab 16 Uhr zu reservieren.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgendes Sachgeschäft überwiesen:

- Budget 2024

Zudem hat der Stadtrat das Geschäft "sip dübi – Überführung in Regelbetrieb" in Wiedererwägung gezogen und dem Gemeinderat neu überwiesen.

Beide Geschäfte werden von der GRPK vorberaten.

Es sind seit der letzten Sitzung vom Stadtrat keine Antworten auf politische Vorstösse eingegangen.

Folgender Vorstoss ist seit der letzten Sitzung neu eingereicht worden:

- Schriftliche Anfrage Rafa Tajouri (FDP) «Auswahl des Genossenschaftspartners für das Projekt Leepünt»

Fraktionserklärungen

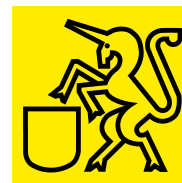
Lukas Schanz (SVP)

"Anfangs September hat der Stadtrat den Bericht zu den Einwendungen betreffend Bauprojekt Usterstrasse, Abschnitt Sonnenbergstrasse bis im Schossacher publiziert. Wie man dem Bericht entnehmen kann, hat die SVP Dübendorf dem Stadtrat ihre Bedenken zukommen lassen. Ja, es hat mit der Anonymisierung nicht ganz geklappt. Darum kann man dies dem Bericht entnehmen. Das stört die SVP nicht, stehen wir doch für eine offene und transparente Politik.

Es ist erschreckend, dass der Stadtrat trotz den vielen Einwendungen – nicht nur von der SVP – an seinem abenteuerlichen Vorgehen festhalten will und eigentlich auf keine Einwendung eingeht, ausser jene, die man sowieso erfüllt. Ich fordere alle Gemeinderäte auf, sich das Projekt und auch was eingezeichnet und ausgestellt ist, anzusehen. Ich frage euch: Macht es Sinn, dass wird für teures Geld eine Grünfläche auf der Fahrbahn anlegen? Wahrscheinlich sagen viele ja, aber bei dem Projekt will man, dass eine bestehende Grünfläche versiegelt wird, nur damit man an einem anderen Ort eine neue machen kann. Das macht absolut keinen Sinn und ist einfach Symbolpolitik, damit man sagen kann, man habe auf der Fahrbahn eine Grünfläche geschaffen. Es würde mich nicht wundern, wenn man mit dem Projekt sogar mehr Grünfläche vernichtet als neue schafft.

Der Stadtrat wird mit diesem Projekt eine Strasse, auf welcher der Verkehr sauber fliesst und die meines Wissens kein Unfallschwerpunkt ist, so verunstalten, dass der Verkehr dort nicht mehr flüssig laufen wird und der Abschnitt unübersichtlich wird. Ich erinnere da gern an den Lindenplatz, an die 30er-Zone im Stadtzentrum und an die Sonnenbergstrasse. Das sind nur ein paar wenige Beispiele, bei denen der Stadtrat seine Fähigkeiten in der Verkehrsplanung demonstriert hat.

Auch hat sich der Stadtrat eine abenteuerliche Verkehrsführung für den Veloweg mit einer Verkehrsinsel mitten in der Strasse ausgedacht. Wieso macht man nicht einfach einen Veloweg entlang der Strasse, anstatt das Ganze kompliziert zu machen und auch noch Land dazu kaufen zu müssen, weil die Strasse einen Bogen macht? Da haben sich die Verkehrsplaner ausgetobt, unnötige Kosten verursacht und der Stadtrat fällt offenbar auch noch darauf rein. Der Gipfel ist aber, dass man ursprünglich sagte, vom ganzen Projekt, das Fr. 2.6 Mio. kosten soll, seien 5% ungebundene Kosten. Jetzt ist der Stadtrat grosszügigerweise auf die verschiedenen Einwendungen eingetreten, die dies moniert



haben. Jetzt sind es anscheinende 7.6%, sprich Fr. 200'000 ungebunden und er kann das in eigener Kompetenz machen – meint der Stadtrat.

Wenn man sich den Kostenvoranschlag ansieht, dann braucht man nicht zwei Blicke um zu sehen, dass da noch ganz viele Kosten ungebunden sind, die der Stadtrat bzw. der Bauingenieur einfach als gebunden ansieht. Wenn der Stadtrat dies so machen will, dann wird die Usterstrasse wohl zu einer zweiten Hermikonerstrasse, was die SVP aber klar nicht will. Wir fordern den Stadtrat auf, das Projekt zu überdenken mit einem angemessenen neuen Projekt zu kommen, welches die Einwendungen ernst nimmt, und das Projekt nochmals hinsichtlich der Gebundenheit zu überprüfen."

Persönliche Erklärungen

Es sind keine persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Protokollgenehmigung der 12. Sitzung vom 4. September 2023

Zum Protokoll der 12. Gemeinderatssitzung vom 4. September 2023 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3. Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach» GR Geschäft Nr. 16/2023

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) erläutert das Verfahren:

"Die Behandlung dieser Volksinitiative im Gemeinderat läuft folgendermassen ab.

Als Erstes wird uns Oliver Kellner (Grüne) das Geschäft und den Antrag der GRPK vorstellen. Danach können sich weitere GRPK-Mitglieder äussern, dann erhält der Stadtrat das Wort und anschliessend darf eine Vertretung des Initiativkomitees die Initiative persönlich begründen, sofern ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder zustimmt.

Denn gemäss § 155 vom Gesetz über die politischen Rechte des Kantons Zürich in Verbindung mit § 138c Abs. 3 von diesem Gesetz hat eine Vertretung des Initiativkomitees das Recht, die Initiative persönlich bei der materiellen Behandlung im Gemeinderat zu begründen, falls das Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Gemeinderatsmitglieder unterstützt wird. Rolf Zöbeli wünscht als Vertreter des Initiativkomitees das Wort. Danach gehen wir zur Diskussion zum Geschäft über.

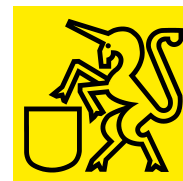
Sofern es keine Einwände gegen dieses Vorgehen gibt, stimmen wir kurz darüber ab, ob ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt, dass Rolf Zöbeli als Vertreter des Initiativkomitees das Wort erhält."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände. Da 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend sind, sind für die Unterstützung des Gesuchs neun Stimmen notwendig.

Das Gesuch wurde mit 35 Stimmen und somit mehr als einem Viertel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt. Rolf Zöbeli wird nach dem Votum des Stadtrates das Wort erhalten.

Oliver Kellner (Grüne), Sprecher der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

"An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen UK-Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ein weiteres Dankeschön geht an den Stadtrat für die Beantwortung der schriftlichen Fragen sowie den mündlichen Austausch.



Worum geht es bei der Initiative?

Die Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach» ist am 9. Januar 2023 dem Stadtrat mit 404 gültigen Stimmen überreicht worden. Die Initiative ist in der Form der allgemeinen Anregung abgefasst und lautet wie folgt:

«Das Grundstück NR. 14511 ist als Naherholungsgebiet umzugestalten mit einer Blumenwiese für Insekten und Bienen, einem Waldweg und Bänken. Das Wäldchen, welches sich auf den Grundstücken Nr. 14511, 15289 (nicht durchgebaute Täschenstrasse) und 15467 befindet, ist zu erhalten und mit dem Waldweg Grundstück Nr. 14511 zu verbinden. Eine Feuerstelle ist im Wäldchen zu errichten. Grundstück Nr. 15467 ist zum Selbstkostenpreis an Vereine und Private zu vermieten, zwecks biologischer pflanzlicher Bewirtschaftung. Die entsprechenden Umzonungen haben durch die Stadt Dübendorf vorgenommen zu werden.»

Das Initiativkomitee verweist in seiner Begründung auf die Verstärkung Dübendorfs und den Mangel an für Gartenarbeit nutzbare Flächen für Private und Vereine. Das Initiativkomitee möchte ein Angebot zur seelischen Erholung vieler und zur Stärkung der Biodiversität schaffen. Die Initiative verlangt explizit eine Umzonung. Diese Kompetenz wird in Art. 16 Ziff.1 GO dem Gemeinderat eingeräumt. Somit ist gemäss Art. 12 GO ein fakultatives Referendum möglich. Die Kosten für die Planungs- und Baukosten dürften die Schwelle der stadträtlichen Kompetenz von Fr. 300'000.00 überschreiten.

Der Stadtrat und die GRPK kommen zum Fazit, dass die Initiative für gültig zu erklären ist.

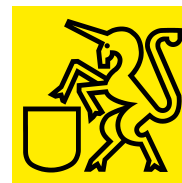
Abklärungen der UK

Für die UK ist klar, dass es in Dübendorf Freiflächen und Erholungsräume braucht. Ebenfalls sieht die UK die Notwendigkeit von Wohnungen. Die UK hat darum Antworten und Unterlagen zur geplanten Überbauung «Areal Gumpisbuel am Kriesbach» verlangt. Der Stadtrat hat die Medienmitteilung «Gumpisbuel-Areal: Ein attraktiver Lebens- und Erholungsraum» und einen Bericht im Glattaler veröffentlicht. Zudem hat der Stadtrat zusätzliche Fragen beantwortet.

Ablehnung der Initiative

Die GRPK lehnt die Initiative aus den folgenden drei Gründen ab:

1. Mit der Annahme der Initiative würde die Überbauung unmöglich gemacht. Mit der Überbauung bleibt aber ein Teil der Grundstücke als Naherholungsgebiet erhalten. Der Stadtrat hat den Baurechtsnehmer bestimmt und die Vertragsverhandlungen sind weitgehend abgeschlossen. Ein wichtiges Kriterium ist der städtebauliche und freiräumliche Ansatz und der sensible Umgang mit dem Ort gewesen. Durch eine erhöhte Gebäudehöhe – angepasst an das Terrain – soll ein möglichst grosser zusammenhängender Freiraum entstehen. Die bestehende bestockte Fläche Wald und die Lichtung beim Bauprojekt werden integral als Ressource genutzt.
2. Bei einer Umsetzung der VI würde eine Umzonung der betroffenen Grundstücke von einer Wohnzone W2c in eine Erholungs- und/ oder Freihaltezone mit einer massiven Wertverminderung verbunden sein. Die Wertverminderung liegt mit Sicherheit über der Schwelle von Fr. 3'500'000.00. Der Stadtrat hat bisher auf eine Schätzung verzichtet; es geht aber mit Sicherheit um einen zweistelligen Millionenbetrag.
3. Es gibt aber noch Gebiete im Besitz der Stadt Dübendorf, die mit weniger finanziellem Verlust in ein Naherholungsgebiet umgezont werden können. Als aktuelles Beispiel kann hier der Bettlipark genannt werden, welcher gerade erst eröffnet wurde. Weiter soll mit der «Stadtoase Lindenplatz» eine kleine, aber zentrale Naherholungszone entstehen. Das Grundanliegen der Initiative nach der Schaffung von Flächen für Naturschutz und Erholung ist auch aus Sicht des Stadtrates berechtigt, weshalb der Stadtrat entsprechende Massnahmen bereits seit längerem schrittweise umsetzt.



Fazit der GRPK

Mit der geplanten Überbauung wird ein guter Kompromiss zwischen Naherholungsgebiet und Wohnungen gemacht. Die geplanten Gewerbeflächen werden zudem das Gebiet Gumpisbühl auf. Die GRPK empfiehlt einstimmig, die Initiative für gültig zu erklären. Die GRPK empfiehlt ebenfalls einstimmig die Ablehnung der Volksinitiative, ohne einen Gegenvorschlag auszuarbeiten."

Stellungnahme Christian Gross (SP), Mitglied GRPK

"Die SP hat wahnsinnig viel Sympathien mit Initiativen, bei welchen es um Erholungsgebiete geht. Die rasante Entwicklung in Dübendorf muss das Bedürfnis nach Naherholungsräumen für die Bevölkerung wie auch die Erhaltung von Naturflächen und den Schutz und die Förderung der Biodiversität berücksichtigen. Gleichzeitig wird aber auch der günstige Wohnraum immer knapper und so muss man in diesem Falle schlicht eine Güterabwägung zwischen zwei sehr wichtigen Anliegen machen. Und für die SP ist klar, der günstige Wohnraum ist hier wichtiger, weil der Effekt auch grösser ist. Mit dem vorliegenden Projekt entstehen 270 neue Wohnungen davon etwas zweidrittel mit Kostenmieten. Das gibt immerhin 180 günstige Wohnungen, das ist aus unserer Sicht ein gutes, wenn auch leider nicht ein sehr gutes Projekt. Man muss sich schon fragen, warum konnte man nicht noch mehr machen. Seit der Annahme des Gegenvorschlags zur SP-Initiative «Wohnen für alle» 2014 ist bezüglich Wohnbauförderung sehr wenig passiert. Der Anteil von kostengünstigen Wohnungen beträgt in Dübendorf gerade absolut lächerliche 5.3 Prozent. Andere Gemeinden sind bei 15, 20 oder mehr Prozent. Aber trotzdem besser 180 Wohnungen mit Kostenmieten als gar keine. Darum müssen auch wir von der SP sagen, dass dieses Projekt gut gemeint ist, kann aber nicht unterstützt werden."

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Nach rechtlicher Würdigung der Initiative hat der Stadtrat diese für gültig erklärt. Beim Inhalt der Initiative sind wir aber zu einem anderen Entscheid gekommen. Das Grundanliegen der Initiative nach der Schaffung von Flächen für Naturschutz und Erholung ist auch aus Sicht des Stadtrates berechtigt, weshalb der Stadtrat entsprechende Massnahmen bereits seit längerem schrittweise umsetzt. Das sind zum Beispiel Vernetzungsprojekte Naturschutz, vertraglich geregelte Bewirtschaftungsbeiträge für ca. 30 Naturschutzobjekte, Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiräumen in Zusammenarbeit mit Privaten, der Bau Bettlipark um hier nur einige zu erwähnen.

Nach Ansicht des Stadtrates sind die von der Initiative erfassten Grundstücke jedoch in der Bauzone und seit Jahren für die Schaffung von Wohnraum gedacht. Zusätzlicher Wohnraum für die wachsende Bevölkerung ist dringend notwendig. Dabei soll auch günstiger Wohnraum nach dem Prinzip der Kostenmiete geschaffen werden. Es ist eine naturnahe Gestaltung insbesondere zum Kriesbach geplant, womit das Anliegen der Initiative unabhängig von der Initiative bereits proaktiv aufgenommen wurde. Eine Auszonung wäre daher falsch, unverantwortlich und würde auch Volksvermögen vernichten.

Aus diesem Grund lehnt der Stadtrat die Volksinitiative "Naherholungsgebiet Kriesbach" ab. Auch die GRPK kam nach der Überprüfung der Initiative zum gleichen Schluss. Darum bitten wir den Gemeinderat, den Empfehlung der GRPK und der Exekutive zu folgen und die Initiative ebenfalls abzulehnen.

Rolf Zöbeli, Vertreter des Initiativkomitees

"Die Initiative für ein Naherholungsgebiet am Kriesbach wurde von über 400 Bürgern und Bürgerinnen unterzeichnet. Die Grundidee hinter dieser Initiative ist die Erhaltung des attraktiven Wohngebietes Gumpisbühl-Kriesbach, wie es heute ist. Vor 50 Jahren war dieses Quartier alles andere als eine privilegierte Wohnzone, eher Wohnhölle, denn es lag direkt in der Anflugschneise des Militärflughafens. Und die Militärflieger vor 50 Jahren waren laut, dass es in den Ohren wehtat. Seit dem der Flugbetrieb aber eingestellt wurde, hat sich das Quartier gut entwickelt und die Lebensqualität ist dementsprechend hoch. Es ist heute eine der begehrtesten Wohnlagen in Dübendorf. Das Quartier ist grösstenteils vom Durchgangsverkehr befreit und liegt auch etwas abseits des Zentrums hinter



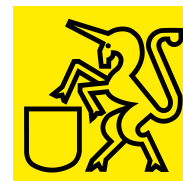
einem kleinen Hügel in der Talsenke des Kriesbachs, eine eigene kleine, heile Welt eben. Darum schlägt die Initiative vor, die letzten freien Flächen in diesem Quartier zu schützen und für eine sinnvolle Verwendung der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Geplant ist, dass auf den freien Flächen Familiengärten erstellt werden. Obwohl es in Dübendorf schon einige solche Anlagen gibt, ist die Nachfrage nach diesen immer noch sehr hoch. Auch entspricht es einem heutigen Lifestyle, das Hobby des Gärtnerns zu betreiben. Zudem sollen weitere Spielplätze mit entsprechendem Equipment angelegt werden. Vor allem sollte aber das bestehende Naherholungsgebiet entlang des Flusslaufes durch weitere Spazierwege mit Sitzgelegenheiten, Feuerstellen etc. mit den heute noch freien Flächen verbunden werden. Auch ist die Erstellung eines Blockhauses für gewisse Anlässe wie z. B. Familien- oder Geburtstagsfeiern geplant. Dies sind die Vorschläge unsererseits, für bessere oder andere Vorschläge sind wir jederzeit offen. Zudem gab es schon in früherer Zeit eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde betreffend der Erhöhung der Biodiversität im Quartier. So wurde z. B. eine Blumenwiese angelegt und eine andere Wiese in Fronarbeit durch Bewohner von kontaminiertem Bauschutt befreit. Aufgrund dieser ersten zaghaften Projekte war die Meinung der Anwohner eigentlich, dass sich auch die Stadt für eine Erhaltung der Freifläche einsetzen würde. Dies ist aber anscheinend nicht so.

Dübendorf zählt heute mehr als 30'000 Einwohner, die Schweiz hat über 9 Mio. Einwohner. In den letzten 10-15 Jahren wurde in Dübendorf Wohnraum geschaffen, als gäbe es kein Morgen. Es wurde mehr gebaut als anderswo, an allen Ecken und Enden und jede noch so kleine Wiese wurde mit Wohnblocks zugestellt. Darum haben wir heute eine 9 Mio.-Schweiz. Die 9 Mio.-Schweiz ist auch der Verdienst von Gemeinden wie Dübendorf, die deutlich mehr gemacht haben als andere. Als die Schweiz noch 8 Mio. Einwohner hatte, wurde vom Statistischen Amt in Bern vorausgesagt, dass die Grenze von 9 Mio. im Jahr 2060 erreicht sein wird. Dieser Wert wurde nun schon im 2023 erreicht und das Rennen um die 10 Mio. Schweiz ist schon voll im Gange. Muss denn hier Dübendorf auch wieder an vorderster Front mittun? Wäre es nicht angebracht, andere nun machen zu lassen und selbst einmal die Handbremse anzuziehen, dass die letzten ruhigen Quartiere in der Stadt verschont bleiben können?

Wie wir vom Stadtrat aber erfahren mussten, ist nun aber genau auf den noch leerstehenden Flächen eine Überbauung mit 270 Wohnungen geplant. Aber es soll sich ja zum Glück um mehrheitlich günstige Wohnungen handeln. Günstige Wohnungen, das ist das Killerkriterium für jede Initiative heutzutage. Man darf heutzutage grundsätzlich nicht gegen günstige Wohnungen sein. Wer sich dagegen hält, wird in eine Ecke gestellt. Dabei sind wir vom Initiativkomitee auch für günstigen Wohnraum. Auch ich vom Initiativkomitee bin angewiesen auf günstigen Wohnraum. Aber es stellt sich schon die Frage, wieso eine der letzten grossen freien Flächen in bevorzugter Lage (Prime Location) in Dübendorf ausgerechnet für "günstige" Wohnungen geopfert werden soll. Versehen sie mich richtig: Wir müssen der Natur Sorge tragen, wir müssen auch schauen, dass marktwirtschaftliche Prinzipien eingehalten werden, sonst drohen da dann auch "Klimakrisen".

Dabei gäbe es in Dübendorf genügend andere Möglichkeiten für günstigen Wohnraum. Schauen sie sich doch einmal genau in Dübendorf um. Überall gibt es Leerstände bei Lagerhallen, Gewerbeflächen und Fabrikhallen. Und gehen sie in ein Bürogebäude, da finden sie nur noch ein paar Angestellte, die anderen sind alle im Homeoffice. Wenn man Personen fragt, die mit der Vermietung oder dem Verkauf solcher Liegenschaften betraut sind, so wird einem gesagt, dass es heutzutage fast keinen Markt für diese Objekte gibt. Wäre es nicht besser an dieser Stelle Objekte, welche anscheinend heutzutage nicht mehr verwendet werden können, abzureissen und an diesen Stellen günstige Wohnungen zu schaffen? Das wären dann günstige Wohnungen an einer halt nicht so günstigen Lage, aber dafür etwas mehr marktgerecht.

Das Quartier Gumpisbühl ist wirklich ein Ort mit hoher Lebensqualität. Gerade für Familien mit Kindern ist die Lage perfekt. Wenn sie dort mit Kleinkindern leben, so können sie diese einfach zum Spielen nach Draussen schicken. Wo ist das noch möglich in Dübendorf? Etwas bei den drei neuen Wohntürmen im Stettbach. In wenigen Wochen und Monaten werden dort Menschen einziehen. Ha-



ben sie sich schon einmal überlegt, was das für ein Kleinkind bedeutet? Wohnen in einem solchen Elfenbeinturm? Kleine Kinder werden in diesen Hochhäusern aber nie die Gelegenheit haben, selbstständig das Gebäude zu verlassen. Ich befürchte, dass dort dann eine neue Generation von völlig unselbständigen und bewegungsarmen Menschen heranwächst, was dann für zusätzliche soziale Probleme in der Zukunft sorgen wird. Es gibt bereits heute Studien hierzu.

Zum Schluss möchte ich Sie bitten, unsere Initiative zu unterstützen. Helfen Sie mit, dass die Idylle in diesem Quartier weiterhin erhalten bleibt. Sorgen Sie dafür, dass die letzten grossen Landflächen in Dübendorf nicht unnötigerweise überbaut, weiterer Boden für immer versiegelt wird und die Biodiversität immer weiter zurückgedrängt wird. Zu guter Letzt gönnen Sie doch einfach den Einwohnern im Gumpisbühl das Glück ihrer privilegierten Wohnlage."

Theo Johner ist eingetroffen, somit sind 37 Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Diskussion

Daniel Ganz (FDP)

"Die FDP-Fraktion schliesst sich den Anträgen der GRPK an. Die Initiative ist für gültig zu erklären, aber ebenso entschieden abzulehnen.

Bei einer Annahme der Initiative müssten weit über 20'000 m² Bauland ausgezont werden. Bei Annahme von dieser Initiative vernichtet unsere Stadt ein Vermögen von rund Fr. 50 Mio.

Eine Annahme der Initiative hätte aber auch zur Folge, dass in Dübendorf mehrere Hundert Wohnungen nicht gebaut werden könnten. Ein solches Ansinnen steht in einem totalen Widerspruch zu unserer Ortsplanungsrevision und verhindert den Bau von dringend benötigtem Wohnraum.

Für unsere Fraktion ist es darum mehr als klar, dass diese Initiative abzulehnen ist. Die Grundstücke im Gumpisbühl-Quartier müssen überbaut werden können.

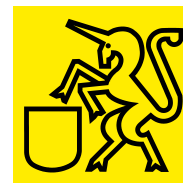
Zum springenden Punkt: Mit unserem Votum für eine Ablehnung der Initiative drückt die FDP-Fraktion aber nicht auch automatisch ihre Zustimmung zum geplanten Bauprojekt des Stadtrates aus. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die finanziellen Folgen für die Steuerzahler transparent aufzeigt und im Falle von Baurechtsvergaben an Wohnbaugenossenschaften verbindlich sicherstellt, dass bei der Vergabe von Wohnungen zur Kostenmiete Familien und ältere Menschen bevorzugt werden, die schon heute in Dübendorf wohnen, und natürlich auch, dass wir Steuerzahler am Ende nicht auch noch Wohnungen subventionieren für Leute, die finanziell gar nicht darauf angewiesen sind."

Flavia Sutter (Grüne)

"Die Idee, mehr Raum für Natur zu schaffen, geniesst in unserer Fraktion natürlich Sympathien. Ein Naherholungsgebiet mit Blumenwiesen, Waldweg und Bänken, eine Feuerstelle, Familiengärten...das tönt sympathisch und ist ganz in unserem Sinn. Auch wir machen uns Sorgen über das Verbauen der verbleibenden Grünflächen. Auch wir denken, dass es wichtig ist, den Menschen Erholungsraum für Körper und Seele anzubieten. Auch die Förderung der Biodiversität hat bei uns einen hohen Stellenwert.

Der Stadtrat hat im Juli eine Medienmitteilung zu seinen Plänen auf dem Gumpisbühl-Areal veröffentlicht. Es sollen 270 Wohnungen, darunter viele Familienwohnungen, entstehen. Mindestens zwei Drittel der Wohnungen sollen dabei zu Kostenmiete angeboten werden. Das heisst, dass die Miete nur so viel beträgt, wie die Wohnung tatsächlich kostet, und niemand daran Geld verdient. Ein grosser öffentlicher Park Richtung Kriesbach soll entstehen, der Wald soll bestehen bleiben. Ausserdem soll es einen Laden, ein Café, eine Kita und ähnliche Nutzungen geben.

Der Wohnraum ist sehr knapp in Dübendorf. Bezahlbarer Wohnraum ist auch ein wichtiges Anliegen von uns. Wir begrüssen darum das Projekt des Stadtrates. Die Initiative lehnen wir zugunsten des entstehenden Wohnraumes ab.



Wir bitten aber darum, dass die Forderungen und Ideen der Initiantinnen und Initianten aufgegriffen und in das Projekt eingearbeitet werden. Insbesondere soll der Park wie versprochen naturnah und biodivers ausgestaltet werden und Insekten und anderen Tieren Lebensräume bieten.

Das Thema Familiengärten möchte ich noch kurz erwähnen. Es wird bei uns kontrovers diskutiert. Einerseits finden wir es wichtig, dass Menschen, die in verdichteten Siedlungen leben, die Gelegenheit haben, ein Stück Boden zu bearbeiten und selbst Gemüse anzubauen. Andererseits können die einzelnen Parzellen nur ein paar Wenige nutzen. Der Raum ist knapp und erlaubt nicht allen, zu gärtnern, die das gerne wollen, was zu Ungerechtigkeit führt. Wir empfehlen darum bei passenden Gelegenheiten zu prüfen, ob ein Gemeinschaftsgarten angelegt werden kann, wo man einzelne Beete pachten kann. So wird auch eher die soziale Gemeinschaft gefördert."

Claudia Günthart (Aufrecht)

"Wir bei Aufrecht sind eigentlich der Meinung, dass Dübendorf immer weiter verstädtert. Dabei ist es wichtig, Grünzonen zu erhalten. Das Gebiet Kriesbach-Gumpisbühl braucht dringend eine Aufwertung. Mir ist bewusst, dass es dort einen Entwicklungsplan gibt. Allerdings sieht dieser eine Überbauung mit 270 Wohnungen angrenzend an die Gumpisbühlstrasse vor. Der Park – wie es in der Projektvorstellung heisst – ist gegen hinten raus geplant. Es hat also keine Grünfläche in der Mitte. Zwei Drittel der Wohnungen sollten mit günstigen Mietzinsen zum Kostenwert angeboten werden. Was heisst das? Wie wird die Lösung mit dem Anteilschein aussehen, wenn man sich in die Genossenschaft einkauft? Es sind bisher noch keine Zahlen ausgesprochen worden, weder der Kostenwert, noch wann diese mitgeteilt werden. Das wäre aber interessant zu wissen.

Die 270 Wohnungen erhöhen das Verkehrsaufkommen und die Infrastruktur in diesem ruhigen Quartier sehr. Mit Begegnungszonen und Gemeinschaftsgärten würde dem Quartier mehr geholfen. Was mich aber mehr stört an diesem ganzen Projekt, ist die Tatsache, dass das grüne Quartier einfach überbaut wird. Haben sie gewusst, dass die Wiese hinten einen Biodiversitätspreis gewonnen hat in einem demokratischen Wettbewerb? Und wie bereits gesagt, das haben die Anwohner dort geleistet. Sie haben Blumen angesät und den Wald begehbar gemacht. Wäre es nicht besser, man würde da einen Begegnungsort schaffen? Ein kleines Refugium für Biodiversität, wo ein Teil des Landes für Gemeinschaft- und Familiengärten genutzt werden kann? Von diesen hat es in Dübendorf nämlich zu wenig.

Anbringen möchte ich noch, dass ich es persönlich gut finde, wenn man auf günstige Wohnungen setzt. Allerdings tendiere ich hier eher auf Nachhaltigkeit als auf Neubau. In letzter Zeit werden in Dübendorf alte Häuser abgerissen, um teure Wohnblöcke zu erstellen. Wir von Aufrecht sind für eine grüne Oase, einen Begegnungsort, weil dies in Zukunft mehr Wert ist, als wenn Blöcke darauf stehen. Und dies ist vor allem eine grosse Aufwertung für das Umfeld."

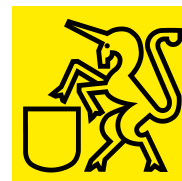
Abstimmungen

Der Gemeinderat erklärt die Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach» 36 zu 0 Stimmen mit für gültig, lehnt diese aber mit 35 zu 1 Stimmen ab. Der Volksinitiative wird kein Gegenvorschlag gegenübergestellt. Der Stadtrat ist mit dem weiteren Vollzug im Zusammenhang mit dieser Volksinitiative beauftragt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Die Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach» wird für gültig erklärt.
2. Die Volksinitiative «Naherholungsgebiet Kriesbach» wird abgelehnt.
3. Der Volksinitiative wird kein Gegenvorschlag gegenübergestellt.



4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4. **Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse» GR Geschäft Nr. 17/2023**

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) erläutert den Ablauf:

"Zuerst wird uns Stefan Angliker (FDP) für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission das Geschäft und den Antrag vorstellen. Danach können sich weitere GRPK-Mitglieder äussern, dann erhält der Stadtrat das Wort.

Als nächstes hat dann eine Vertretung des Initiativkomitees der Volksinitiative die Möglichkeit, sich zur Initiative zu äussern. Es wurde im Vorfeld gemeldet, dass Claudia Günthart ein Votum als Vertreterin des Initiativkomitees abgibt. Da sie selbst Mitglied des Gemeinderates ist, entfällt die Abstimmung darüber, ob ihr der Gemeinderat das Wort erteilt. Nach dem Votum des Initiativkomitees findet dann die allgemeine Diskussion statt. Wenn es keine Einwände gegen dieses Vorgehen gibt, gebe ich jetzt gerne dem Kommissionssprecher das Wort."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

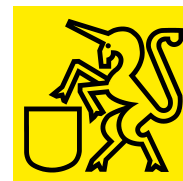
Stefan Angliker (FDP), Sprecher der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

"Die Initiative ist am 9. Januar 2023 mit 368 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Sie ist in Form einer allgemeinen Anregung abgefasst und verlangt, ich zitiere den Initiativtext, «die 30er Zonen in 40er Zonen umzuwandeln, die Strassenverengungen abzubauen, Haftplastikschwellen zu entfernen und Zebrastrifen einzuzeichnen.» Als Begründung führt das Initiativkomitee an, dass Änderungen am Temporegime auf verschiedenen Strassen in Dübendorf, also primär die Einführung von Tempo-30-Zonen, zu hitzigen Diskussionen und verhärteten Fronten geführt hätten. «40er-Zonen» seien daher ein guter Kompromiss. Die Rückgängigmachung der Massnahmen in den Tempo-30-Zonen, also Kissens, Portale, und die Entfernung von Fussgängerstreifen, würden eine Erleichterung für sämtliche Verkehrsteilnehmenden bedeuten.

Der Stadtrat hat die Initiative am 11. Mai 2023 dem Gemeinderat zur Behandlung überwiesen. Er beantragt, die Initiative für gültig zu erklären, aber abzulehnen sowie auf die Formulierung eines Gegenvorschlags zu verzichten.

Ich werde im Folgenden zuerst auf die Gültigkeit und nachher auf die materiellen Aspekte der Initiative eingehen. Die Initiative erfüllt keinen konkreten, initiativfähigen Tatbestand nach Artikel 11 und 12 der Gemeindeordnung. Da Tempo-30-Zonen aber auch im kommunalen Verkehrsrichtplan festgelegt werden können und diese Kompetenz gemäss Artikel 16 Ziffer 1 der Gemeindeordnung dem Gemeinderat eingeräumt wird, ist allerdings indirekt die Zuständigkeit der Stimmbewölkerung gegeben, da gegen einen entsprechenden Beschluss das Referendum ergriffen werden kann. Deshalb ist der Inhalt der Volksinitiative unter diesem Aspekt nicht als klar nicht initiativfähig anzusehen.

Die Initiative wahrt sowohl die Einheit der Materie und ist nicht offensichtlich undurchführbar. Legt man die Initiative nach dem exakten Wortlaut aus, lässt sich zwar ein Verstoss gegen das übergeordnete Recht erkennen, da in den relevanten Bestimmungen der Strassenverkehrsgesetzgebung keine Tempo-40-Zonen vorgesehen sind und diese nur mit Anträgen zu einzelnen Strassenabschnitten überhaupt beantragbar sind. Gemäss dem Günstigkeitsprinzip sind jedoch Volksinitiativen grundsätzlich zu Gunsten der Initianten auszulegen und beim Vorliegen verschiedener Auslegungsmöglichkeiten ist jene zu wählen, welche die Initiative nicht als ungültig erscheinen lässt. Daher ist anzunehmen, dass mit der Initiative auf den Strassen mit Tempo-30-Zonen die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf 40 km/h erhöht werden soll, was gemäss den massgebenden Gesetzesbestimmungen grundsätzlich zulässig ist. Damit widerspricht die Initiative dem übergeordneten Recht nicht und ist insgesamt als gültig zu erachten.



Ich komme jetzt zur materiellen Betrachtung. Der Prozess zur Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit innerorts ist bundesrechtlich geregelt. Die Umsetzung erfolgt durch eine Verfügung der Kantonspolizei. Für die Umwandlung einer Tempo-30-Zone in eine Tempo-40-Strecke müsste zu jeder Strecke ein Gutachten erstellt werden, welches abklärt, ob die Massnahme nötig, zweck- und verhältnismässig ist. In einem solchen Gutachten sind Anlass, Ausgangslage, Ziel und Rechtmässigkeit zur Änderung der Höchstgeschwindigkeit darzulegen. Eine Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit «Generell 50» kann zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, des Verkehrsablaufs oder zur Verminderung der Umweltbelastung angeordnet werden. Das Gutachten müsste folglich belegen, dass eine Tempo-40-Strecke besser zu einem der genannten Aspekte beiträgt als eine Tempo-30-Zone. Dies widerspricht jedoch der üblichen Praxis und den anerkannten Planungsgrundsätzen, weshalb die Kantonspolizei die Umwandlung einer Tempo-30-Zone in eine Tempo-40-Strecke voraussichtlich nicht verfügen würde.

Bei einer Annahme der Initiative müsste der Stadtrat für jede umzuwandelnde Strecke ein Gutachten erstellen lassen und bei der Kantonspolizei die Verfügung des neuen Temporegimes beantragen. Sofern der Stadtrat bei einer negativen Verfügungsentscheidung kein Rechtsmittel ergreift, wird dieser rechtskräftig und kann von Dritten nicht angefochten werden, da im Verfahren nur der Stadtrat Partei ist.

Es ist der GRPK bewusst, dass die Tempofrage im Strassenverkehr ein emotionales Thema ist. Mit der Errichtung von Tempo-40-Strecken wird jedoch ein Ansatz vorgeschlagen, welcher aus verschiedenen Gründen nur sehr restriktiv verfügt wird. Der Dübendorfer Stimmbevölkerung wird somit eine Initiative vorgelegt, welche sich praktisch kaum umsetzen lässt. Es dürfte nur schon schwierig sein, jemanden zu finden, welcher das nötige Gutachten erstellt, da sich ein solches über sämtliche anerkannten Planungsgrundsätze hinwegsetzen müsste. Einzelne Tempo-40-Strecken bringen keinen Mehrwert für die Verkehrsteilnehmenden, sondern sorgen im Gegenteil eher für zusätzliche Verwirrung. Durch die Aufstellung von Geschwindigkeitssignalen nach jeder Einmündung und Kreuzung würde ein unnötiger Schilderwald entstehen. Auch würden die mit den Tempo-30-Zonen erzielten Gewinne in der Verkehrssicherheit und der Lärmreduktion teilweise wieder verloren gehen, was kaum im Interesse der betroffenen Quartiere sein dürfte.

Die GRPK kann keinen sinnvollen Gegenvorschlag zur Initiative erkennen und verzichtet daher auf die Formulierung eines solchen. Sie beantragt dem Gemeinderat, die Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse» für gültig zu erklären, aber abzulehnen sowie auf die Formulierung eines Gegenvorschlags zu verzichten."

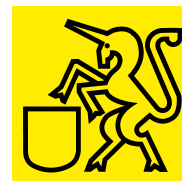
Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Das Resultat der Abklärungen des Stadtrats haben ergeben, dass die Initiative zwar gültig ist, aber nur schwer umsetzbar. Tempo 40-Zonen (d.h. Strassen in einem ganzen Quartier) sind, im Gegensatz zu Tempo 30-Zonen, im Strassenverkehrsgesetz und den entsprechenden Verordnungen nicht vorgesehen. Einzelne Tempo-40-Strecken (Strassenabschnitte) sind zwar gesetzlich möglich, werden aber von der Kantonspolizei nur unter speziellen Bedingungen und sehr selten bewilligt.

Dübendorf hat in einigen Quartieren Tempo 30-Zonen, welche sehr gut funktionieren. Als Beispiele dazu sind die Obere Geerenstrasse zwischen Gockhausen und Geeren und das Birchlenquartier zu nennen.

Wie bereits erwähnt ist die Einführung von Tempo 40-Zonen anstelle von Tempo 30-Zonen aufgrund der fehlenden gesetzlichen Vorgaben nicht oder nur unter speziellen Bedingungen umsetzbar. Für die speziellen Bedingungen fehlen hierfür ganz klar die Argumente.

Der Stadtrat lehnt aus den genannten Gründen die Initiative ab. Dieser Empfehlung ist auch die GRPK nachgekommen. Somit bitte ich den Gemeinderat den Empfehlungen der GRPK und des Stadtrates zu folgen und die Initiative abzulehnen."



Claudia Günthart (Gemeinderätin Aufrecht), Vertreterin des Initiativkomitees

"«Mitenand uf Dübis Strasse» heisst die Initiative und ich weiss, Temporegelungen sind ein sehr emotionales Thema. In der Initiative ist die Rede von einer 40er-Zone. Die 40er-Zone ist ein Gebiet und lehnt sich an die 30er-Zone an. Es sollte auf die Strasse Tempo-40 aufgezeichnet werden. Das ist die Idee von dieser Initiative. Wir von Aufrecht waren mehrere Tage für eine Umfrage unterwegs und haben dabei die Bevölkerung gefragt, was sie in Dübendorf mögen und was sie stört. Da waren die Temporeduktionen auf 30 km/h im Zentrum ein grosses Thema. Viele ärgern sich, dass die Vortrittsregeln oder Fussgängerstreifen nicht mehr da sind. Einige Befragte sind verunsichert und trauen sich kaum mehr über die Strasse. Tempo-40 ist ein Kompromiss zwischen Tempo-30 und -50. Wenn die Strassen auf Tempo-40 gesetzt werden, ermöglicht dies den Rückbau von Strassenverengungen, was die Initiative fordert. Diese Verengungen führen zu einem Stop-an-Go-Verkehr, was zu unnötiger Feinstaubbelastung führt. Beim Verkehrsteilnehmer lösen sie Stress aus und lenken notwendige Aufmerksamkeit vom normalen Verkehr ab. Es dürften wieder Fussgängerstreifen eingeführt werden. So will die Initiative markierte Fussgängerstreifen sicher an folgenden Orten, sofern sie da nicht bereits vorhanden sind:

- Wallisellenstrasse auf Höhe des Migros, wo es bereits eine Insel gibt.
- Wallisellen-/Bahnhofstrasse beim MySenses, da hat es bereits einen.
- Bahnhofstrasse bei der Glattbrücke, wo es eine Insel hat.
- Bahnhofstrasse auf Höhe Kreisel.

Tempo-40 ist ein Kompromiss für alle. Denn mit Tempo-40 können wir die Regeln für die 30er-Zone umgehen und wieder Vortrittsregeln sowie Fussgängerstreifen eingezeichnet und Verengungen entfernt werden. Weil manchmal war 50 eben auch zu schnell. Mit Tempo-40 wäre allen gedient, darum bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen."

Diskussion

Oliver Kellner (Grüne)

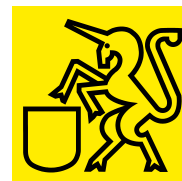
"Die Grünen Dübendorf unterstützen die VI Mitenand uf Dübis Strassen nicht. Weil in der Schweiz keine Tempo-40-Zonen vorgesehen sind, könnte man höchstens einzelne Tempo-40-Strecken errichten. Dies würde aber zu einem noch grösseren Schilder-Dschungel oder -Wald führen. Darum sind wir klar der Meinung, dass innerorts «Generell 50» oder lieber «Tempo 30» gelten und Dübendorf nicht zu einem Spezialfall werden soll.

Die Tempo-30-Zone im Stadtzentrum ist noch jung. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen sich daran gewöhnen. Tempo-30 verlangt von allen eine grössere Aufmerksamkeit und gegenseitige Rücksichtnahme. Heutzutage soll alles immer möglichst schnell gehen. Da schadet etwas Entschleunigung sicher nicht. Wie wir auch gesehen haben, sind einzelne Zebrastreifen weiterhin möglich.

Wir lehnen die Volksinitiative ab, weil wir der Überzeugung sind, dass die Dübendorferinnen und Dübendorfer sowie unsere Gäste sich in den jetzigen Tempo-30-Zonen gut miteinander bewegen können."

Daniel Burkhardt (SVP)

"Am 18. Juni 2023 hat die Bevölkerung der Volksinitiative der SVP «Mitbestimmen bei Temporeduktionen» mit über 54 % Ja-Stimmen zugestimmt. Damit haben die Stimmberechtigten unserer Stadtregierung einen Riegel vorgeschoben, der weitere Reduktionen der Tempolimiten auf unseren Strassen ohne Mitsprache von Parlament und Bevölkerung verhindert. Denn obwohl jede Abstimmung um Tempo-30 verloren ging, hat der Stadtrat seine Salamitaktik fortgeführt und weitere 30er-Zonen installiert. Zum Unmut der betroffenen Bevölkerung. Die vorliegende Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse» kommt aber einiges zu spät und setzt falsch an. Tempo-40 ist nicht gesetzlich vorgesehen und eine Einführung müsste abschnittsweise bewilligt werden, was in keinster Weise garantiert werden kann. Die Signalisierung müsste bei jeder Kreuzung erneuert werden, was zu einem Schilder-



wald führen und die Verkehrsteilnehmer nur zusätzlich verwirren würde. Eine entsprechend halbpatzige Umsetzung würde nur zu Frust bei den Abstimmenden führen, die zu Recht ihren Wählerwillen verletzt sehen würden.

Die SVP Dübendorf stellt sich im Wesentlichen aus diesen Gründen gegen die Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse». Sie appelliert an den Stadtrat, den Wählerwillen zu respektieren und entsprechend Feingefühl bei Temporeduktionen walten zu lassen. Bestehende 30er-Zonen sind zu optimieren oder zurückzubauen, wo sie nicht funktionieren oder Verkehrschaos begünstigen. Eine weitere Überregulierung mittels Tempo-40-Strecken und daraus resultierendes Mischmasch mit den 30er-Zonen ist nicht zielführend und soll verhindert werden."

Abstimmungen

Der Gemeinderat erklärt die Initiative «Mitenand uf Dübis Strasse» mit 36 zu 0 Stimmen für gültig und lehnt sie ebenfalls mit 35 zu 1 Stimmen ab. Es wird darauf verzichtet der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Stadtrat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Die Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse» wird für gültig erklärt.
2. Die Volksinitiative «Mitenand uf Dübis Strasse» wird abgelehnt.
3. Der Volksinitiative wird kein Gegenvorschlag gegenübergestellt.
4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. **Neubau Schulanlage Birchlen mit zentraler Produktionsküche und Musikschulzentrum; Kreditantrag GR Geschäft Nr. 18/2023**

Flavia Sutter (Grüne), Präsidentin der Kommission für Schulgeschäfte

"Ausgangslage

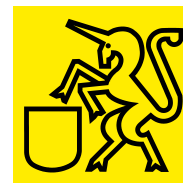
Die heutige Schulanlage Birchlen wurde 1960 gebaut. Aktuell werden auf dem Areal neun Primarschulklassen und eine Kindergartenklasse unterrichtet. Ausserdem gibt es einen Hort. Die Primarschulbehörde rechnet mit einem starken Anstieg der Primar- und Kindergartenklassen. In den bestehenden Quartieren rund um die Schulanlage Birchlen ist gebaut worden und wird immer noch gebaut und verdichtet.

Das Schulhaus Birchlen ist baulich in einem schlechten Zustand. Die Schulanlage entspricht nicht mehr den gültigen Vorschriften und Standards.

Der Bedarf an schulergänzender Betreuung ist in den letzten Jahren stark gestiegen und wird noch weiter steigen gemäss Primarschulpflege.

Die Kapazitätsgrenzen der beiden jetzigen Produktionsküchen seien mit 200 bzw. 300 Menüs seit längerem erreicht, die Kühl- und Lagermöglichkeiten seien beschränkt, die Logistik kompliziert.

Die Musikschule Region Dübendorf (mrd) wird von 1'200 Kindern, Jugendliche und Erwachsenen besucht. Sie bietet ausserdem für die Primarschulen die Musikalische Grundausbildung, Klassensingen und Bläserklassen. Zurzeit findet der Musikunterricht in Räumen der öffentlichen Schule in ganz Dübendorf und zu Hause bei Musiklehrpersonen statt. Der Druck auf die mrd sei hoch, da die Schulen wegen den steigenden Schülerzahlen die Räume zunehmend für sich selbst beanspruchen.



Ein Blick zurück: 2017 wurde vom Gemeinderat ein Kreditantrag über 28,49 Millionen abgelehnt. Geplant waren eine Sanierung und Erweiterung. Die Primarschulpflege analysierte darauf die Situation und erkannte, dass ein Neubau eine langfristig nachhaltigere Lösung ist. Im Jahr 2020 genehmigte der Gemeinderat einen Projektierungskredit von Fr. 1.45 Millionen. Das Architekturbüro nahm 2021 die Planung in Angriff. Jetzt liegt das Vorprojekt inklusive einer verbindlichen Kostenschätzung vor.

Neubau Schulanlage Birchlen

Zusammen mit der neuen Schulanlage Three Point, die ab Sommer 2024 bezugsbereit sein soll, braucht es das Schulhaus Birchlen, ansonsten müsste die Stadt grosse und teure Provisorien aufstellen. Geplant ist Schulraum für 18 Primarklassen und vier Kindergartenklassen, dazu eine Doppelturnhalle, ein Singsaal, 144 Plätze für die schulergänzende Betreuung und eine zentrale Produktionsküche. Ausserdem soll das Musikschulzentrum Platz finden mit Übungs- und Unterrichtsräumen, sowie Räumen für die Schulleitung und die Administration.

Die Raumnutzung soll flexibel gestaltbar sein. Die räumliche Nähe von Betreuung, Primarschule und Kindergarten erlaubt eine optimale Synergienutzung. Die Räume der Betreuung können von der Schule genutzt werden und umgekehrt. Die Doppelturnhalle, Produktionsküche und Hauswartungsräume befinden sich im Untergeschoss. Kindergarten und Hort im EG, die Musikschule ist auf dem Dach der Sporthalle vorgesehen. Die Klassenzimmer der Primarschule sind im Obergeschoss untergebracht.

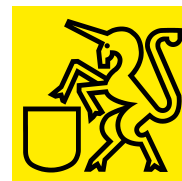
Im Aussenraum der Anlage soll eine spannende, naturnahe, biodiverse Landschaft entstehen.

In der neuen Produktionsküche im Untergeschoss können bis zu 750 Mittagessen produziert werden. Die Anlieferung und der Warenumsatz der Produktionsküche erfolgen unterirdisch, die Küche inklusive aller Kühl- und Lagerräume soll professionell ausgerüstet werden. Das Musikschulzentrum ist vom Schulhaus räumlich abgetrennt und gehört doch zur Gebäudeeinheit. Der Betrieb der Primarschule soll nicht gestört werden, auch wenn während der Schulzeiten unterrichtet wird. Die Räume sind flexibel nutzbar, auch hier sollen Synergien genutzt werden durch die räumliche Nähe. Der Singsaal der Primarschule kann als Konzertsaal mitgenutzt werden.

Das Gebäude erfüllt die Anforderungen von MINERGIE-P-ECO, das Tragwerk ist eine Kombination aus Stahlbeton und Holz, wo möglich wird Recycling-Beton verwendet. Viele Gebäudeteile werden aus Holz gebaut, was eine effiziente und schnelle Bauweise verspricht. Das südliche Drittel des Schulhausstrakts wird so ausgelegt, dass es in der Zukunft um vier weitere Klassenzimmer aufgestockt werden könnte. Wärme wird mittels Wärmepumpe in Kombination mit Erdsonden erzeugt, im Sommer kann den Räumen durch passive Kühlung Wärme entzogen werden. Die Photovoltaik-Anlage auf dem Hauptdach produziert den erforderlichen Strom und reduziert Energieabhängigkeit und Betriebskosten. Die Überschüsse werden ins Netz gespielen.

Die vorliegende Kostenschätzung basiert auf dem Planstand vom 19. Dezember 2022 nach Abschluss des Vorprojektes. Die Kostengenauigkeit beträgt $\pm 15\%$. Beantragt wird ein Gesamtbetrag von 63'599'000 Franken. Die Baupreise steigen momentan rasant an. Zwischen 2020 und 2022 sind sie aus diversen Gründen um 13.7 % gestiegen. In der Kostenschätzung nahm man an, dass die Bauteuerung weiterhin 13.7 % betragen wird. Dazu später mehr.

Ein Vergleich mit Objekten, die in letzter Zeit in anderen Gemeinden erstellt wurden, zeigt auf, dass sich unser Projekt im preislichen Mittelfeld bewegt. Die Primarschulpflege hat gemäss Bericht verschiedene Einsparmöglichkeiten geprüft und zum Teil umgesetzt. Es gab aber auch Mehrinvestitionen, die zwingend waren oder in Kauf genommen wurden. Ein Beispiel: Obwohl der Bau mit den Holzelementen mehr kostet als ein reiner Betonbau, hat man sich dafür entschieden. Gründe dafür sind: Die CO₂-Bilanz ist wesentlich besser, die Holzkonstruktionen können vorgefertigt werden und man verspricht sich ein angenehmes Raumklima.



Wie geht es weiter?

Nach einer allfälligen Annahme des Geschäftes heute, wird das Stimmvolk an der Urne den Kreditantrag noch bewilligen müssen. Anschliessend erfolgt die Projektierung, Ausschreibung und Realisierung. Falls keine Rekurse eingehen im Baubewilligungsverfahren, ist der Baustart ab Sommer/Herbst 2025 geplant. Die Inbetriebnahme des Neubaus erfolgt dann Ende 2027.

Getroffene Abklärungen der KSG

Zur Produktionsküche wurden einige kritische Fragen gestellt. Warum kann das Essen nicht von externen Küchen bezogen werden? Wir erfuhren, dass es offenbar schwierig ist, in der Umgebung Firmen zu finden, die täglich frisches Essen in guter Qualität anliefern. Wir haben auch nachgefragt, ob die Küche richtig dimensioniert ist. Die Antworten des SR haben zufriedenstellend aufgezeigt, dass auf der geplanten Fläche die Verpflegung aller Schülerinnen und Schüler auch an Spizentagen gewährleistet ist.

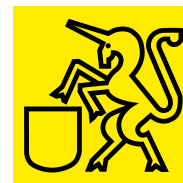
Weitere Fragen befassten sich mit den Schülerprognosen. Genügt die Kapazität der Schulhäuser Three Point und Birchlen wirklich in Zukunft? Ganz schlüssig konnte die Schulpflege diese Frage noch nicht beantworten. Für die nächsten 15 Jahre soll der Platz ausreichen, was nachher passiert, steht noch in den Sternen. Es soll aber nächstens eine Prognose erstellt werden, welche einen Zeithorizont bis 2050 berücksichtigt. Dann wird wohl klarer sein, wie der Bedarf an Schulraum im Gebiet Hochbord voraussichtlich aussehen wird. Sind 144 Betreuungsplätze auch wirklich ausreichend? Antwort: Gemäss den Zahlen im Gesamtentwicklungskonzept sollten die Plätze reichen. Falls wider Erwarten mehr Kinder einen Betreuungsplatz brauchen, verweist die Schulpflege auf die flexible Gebäudestruktur, die Anpassungen in der Nutzung leicht zulässt.

Fragen gab es auch zum Singsaal. Ist er nicht zu gross mit 198 Quadratmetern? Antwort: Der Singsaal im Birchlen soll auch für Konzerte, Vereinsveranstaltungen, Ferienkurse, Schülerkonzerte, Proben von Ensembles mit einer maximalen Belegung von 210 Personen genutzt werden können. Eine weitere Frage betr. Singsaal war: Warum braucht die Musikschule noch mehr Raum? Es gibt doch schon Singsäle, die sie mitnutzen kann. Ausserdem gibt es jetzt auch den Neubau bei der Oberen Mühle. Antwort: Die drei Singsäle, die die Regionale Musikschule Dübendorf (rmd) nutzen kann, muss sie sich mit den Vereinen teilen. Im Spycher in der Oberen Mühle sind keine Räumlichkeiten für die Musikschule vorgesehen.

Viel zu diskutieren gab auch das Musikschulzentrum. Es wurde grundsätzlich in Frage gestellt. Braucht Dübendorf ein grosses Musikschulzentrum? Wir sind in der KSG zum Schluss gekommen, dass es eine Chance ist, die wir packen müssen. Integriert im Schulhaus-Neubau kann das Zentrum kostengünstig erstellt werden. Der Schulraum ist knapp, die Schulhäuser brauchen auch immer mehr Raum, Musik-Lehrpersonen unterrichten zu Hause, das darf nicht sein. Kommissionsmitglieder betonten auch, dass wir mit der rmd eine professionell und innovativ geführte Musikschule haben. Das ist ein klarer Mehrwert und ein Qualitätsmerkmal für Dübendorf. Da sind wir anderen Regionen einen Schritt voraus. Wenn wir ein separates Gebäude erstellen müssten für die Musikschule, würde uns das viel teurer zu stehen kommen.

Ist es nicht ein Nachteil für jüngere Kinder aus anderen Quartieren, dass der Musikunterricht zentral im Birchlen stattfindet? Antwort: Der Musikschule ist es offenbar ein Anliegen, dass die kleineren Musikerinnen und Musiker immer noch in ihrem Quartier in den Unterricht gehen können. Sie möchte die bestehenden Musikräume in den anderen Schulhäusern wenn möglich weiterhin nutzen.

Ich komme zu den zwei Änderungsanträgen, die die KSG an den Gemeinderat stellt. Im ersten Antrag werden die Beträge infolge der Bauteuerung angepasst. Der aktuelle Antrag des Stadtrates rechnet mit einer Bauteuerung von 13.7% (Baupreisindex Oktober 2022 gegenüber Oktober 2020). Am 22. Juni 2023 wurde vom Bundesamt für Statistik (BFS) der neueste Stand veröffentlicht: für Hochbauten der Grossregion Zürich kommen erneut 1.1% hinzu. Damit beträgt die aktuelle Bauteuerung im Projekt ab Basis Oktober 2020 14.8%, beziehungsweise eine Erhöhung des beantragten Kreditbetrages um 1.1%. Im Antrag wird die Bauteuerung in Punkten angegeben: 113.7 Punkte, resp.



neu 114.8 Punkte. Wir schlagen darum dem Gemeinderat in Absprache mit dem Stadtrat eine Anpassung des Kreditbetrages vor.

Der zweite Änderungsantrag betrifft die Vorfinanzierung. Im ursprünglichen Antrag wird unter Ziffer 4 eine Vorfinanzierung verteilt auf mehrere Jahre mit Obergrenzen festgelegt. Die Aufteilung auf die einzelnen Jahre mit einer Betragsobergrenze scheint uns unnötig, da sie den Spielraum des Stadtrates unnötig beschneidet. Es handelt sich offenbar um ein Versehen, dass die Ziffer 4 in den Antrag aufgenommen wurde.

Fazit

Die Mitglieder der KSG sind der Ansicht, dass mit dem beantragten Kredit eine Schulanlage erstellt werden kann, die in jeder Hinsicht die Anforderungen einer modernen Schule erfüllt. Das Projekt ist aus unserer Sicht optisch sehr ansprechend, bettet sich gut in das bestehende Quartier ein und hat ein dynamisches, flexibles Raumkonzept. In der grossen Küche im UG kann für alle Horte in Dübendorf gekocht werden. Die Produktionsküche hat genügend Kapazität bei deutlich steigender Nachfrage. Die Chance, das Musikschulzentrum in das neue Gebäude zu integrieren, wird gepackt, dies macht auch aus ökonomischer Sicht Sinn. Es können räumliche Synergien mit der Primarschule genutzt werden. Wo möglich wurden Kosten eingespart, trotzdem aber wird auf Qualität geachtet, der Komfort wird hoch gewichtet. Technik und Materialien sind auf Nachhaltigkeit ausgerichtet, es wird mit viel Holz gebaut, einem nachwachsenden Rohstoff. Die Umgebung des Schulhauses wird kindgerecht und naturnah gestaltet. Die Kosten für die neue Schule bewegen sich im Vergleich mit anderen Schulhäusern in vergleichbarer Grösse in einem mittleren Bereich. Die beiden Änderungsanträge der KSG betreffen die Änderung der Beträge infolge der Bauteuerung und die Vorgaben im Antrag, wie die Vorfinanzierung aufgeteilt werden muss.

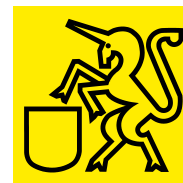
Antrag der Kommission

Wir beantragen dem Gemeinderat, dem Antrag des Stadtrates unter Berücksichtigung folgender beider Änderungen zuzustimmen.

Zuerst präsentiere ich euch unseren Änderungsantrag für die Anpassung der Beträge. Die Ziffer 4 bleibt hier vorläufig noch drin, nachher beantragen wir aber die Streichung dieser Ziffer. Nach einiger Diskussion in der Kommission erachteten wir dieses Vorgehen als am logischsten und einfachsten.

Änderungsantrag I (Anpassung Beträge infolge Bauteuerung):

1. Für den Neubau des Schulhaus Birchlen mit zentraler Produktionsküche und Musikschulzentrum, wird ein einmaliger Kredit von Fr. 64'214'000.00 (Preisstand April 2023) [Antrag Stadtrat: Fr. 63'599'000.00 (Preisstand Oktober 2022)] zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
2. Der Baukredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Baukostenentwicklung zwischen der Kostenberechnung (Preisbasis April 2023 = 114,8 Punkte) [Antrag Stadtrat: Preisbasis Oktober 2022 = 113,7 Punkte] und der Bauausführung.
3. Die Bildung einer Vorfinanzierung für die Schulanlage Birchlen in der Höhe von total Fr. 64'214'000.00 [Antrag Stadtrat: Fr. 63'599'000.00] wird genehmigt.
4. Die budgetierten Beträge in den Erfolgsrechnungen 2024/25/26/27 und 2028 sind, soweit es die finanziellen Verhältnisse der Stadt Dübendorf zulassen, in den jeweiligen Erfolgsrechnungen im Betrag von Fr. 12'843'000.00 [Antrag Stadtrat: Fr. 12'720'000.00] für die Vorfinanzierung zu buchen.



Änderungsantrag II (ersatzlose Streichung Ziff. 4 Festlegung Beträge der Vorfinanzierung in Erfolgsrechnungen der Folgejahre):

- Die budgetierten Beträge in den Erfolgsrechnungen 2024/25/26/27 und 2028 sind, soweit es die finanziellen Verhältnisse der Stadt Dübendorf zulassen, in den jeweiligen Erfolgsrechnungen im Betrag von Fr. 12'843'000.00 (Betrag gemäss obigem Antrag KSG) [Antrag Stadtrat: Fr. 12'720'000] für die Vorfinanzierung zu buchen."

Stellungnahme Stadtrat, Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

"Ja, in den nächsten drei Jahren wird Dübendorf jährlich 1500 neue Bewohnende erhalten, also ein halbes Wangen-Brüttisellen. Da braucht es auch zusätzlichen Schulraum. Ich freue mich sehr, dass dieses Projekt von der vorberatenden Schulkommission so wohlwollend aufgenommen wurde. Vielen Dank für die fundierte Prüfung und die zügige Bearbeitung. Das Projekt wurde mehrmals überprüft, gestrafft, überarbeitet und optimiert. Der geplante Neubau Birchlen ist in der vorliegenden Form nun ein gut durchdachtes Projekt mit viel Synergiepotential.

Sollte die Schule weniger Betreuungsplätze benötigen als angenommen, können diese mit wenig Aufwand in Klassenzimmer umgebaut werden. Falls der Betreuungsbedarf stärker steigt als angenommen, kann ein Klassenzimmer der Betreuung zugeschlagen werden. Aus zwei Gruppenräumen entsteht bei kurzzeitigen Spitzen bei den Schülerzahlen ein Klassenzimmer, oder bei Bedarf aus zwei Klassenzimmern eine Lernlandschaft. So passt sich die neue Schule flexibel an die Bedürfnisse der Zukunft an. Wenn der Aussenraum des Kindergartens nachmittags leer steht, kann der von den Kindern der Tagesbetreuung genutzt werden. Ist die Musikschule morgens leer, können deren Räume von der Primarschule als Gruppen- oder Therapieräume genutzt werden. Auch der schöne Dachgarten steht den Klassen bei Bedarf als Aussenklassenzimmer zur Verfügung. Die Musikschule auf der anderen Seite darf am buchungsintensivsten Tag, nämlich am Mittwochnachmittag, die Gruppenräume der Primarschule mitnutzen. Der Singsaal dient abends als Vereinslokal und Konzertsaal der Musikschule, über Mittag auch einmal als zusätzlicher Essensraum. Die Hortküche kann abends für einen Apéro am Vereinsanlass genutzt werden. Die Bibliothek dient der Tagesbetreuung auch als Chill-Ecke. Also nicht 2 in 1, sondern 10 in 1. Mit diesem Projekt erhält die Primarschule ein Maximum an Flexibilität auf dem zur Verfügung stehenden Raum. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

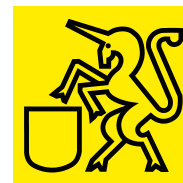
Änderungsanträge

Der Stadtrat stimmt einer Anpassung an die aktuelle Teuerung zu. Ebenfalls unterstützt der Stadtrat die Streichung von Beschlusspunkt Nr. 4, es soll die Möglichkeit bestehen, dass - falls ausserordentliche Einnahmen erwartet werden, wie dies im nächsten Jahr der Fall ist - dann ein höherer Betrag für die Vorfinanzierung vorgesehen werden kann."

Diskussion

Sandro Bertoluzzo (FDP)

"Um es gleich vorwegzunehmen: Der Bedarf an zusätzlichem Schulraum ist klar ausgewiesen und das Schulhaus Birchlen ist am Ende seines Lebenszyklus angelangt. Zudem ist eine funktionierende und qualitativ hochstehende Primarschule ein entscheidendes Grundbedürfnis der Bevölkerung und auch ein wichtiger Standortfaktor. Allerdings hat der Anforderungskatalog bei öffentlichen Bauten und insbesondere bei Schulhäusern aufgrund von übergeordneten Vorschriften mittlerweile ein durchaus kritisches Ausmass erreicht. Es ist deshalb wichtig und richtig, dass auch beim vorliegenden Projekt Kosten eingespart wurden und dass man insgesamt einen zweckmässigen Neubau erstellen will. Nur so verhindern wir, dass unser Gemeindehaushalt überlastet wird, auch wenn man immerhin festhalten muss, dass mit dem neuen Musikschulzentrum unserer Meinung nach doch schon eine eher grosszügige Infrastruktur vorgesehen ist. Umso mehr wird es notwendig sein, bei den Betriebskosten der Musikschule auch die Höhe der Elternbeiträge im Auge zu behalten.



Im Sinne einer Gesamtbetrachtung wird unsere Fraktion dem Geschäft gemäss den Anträgen der KSG zustimmen."

Alexandra Freuler (SP)

"Die Baukommission der Stadt Dübendorf hat beim Projekt für den Neubau der Schulanlage Birchlen nach Ansicht der SP Fraktion sehr gute Arbeit geleistet. Dies ist auch wichtig, geht es doch mit rund Fr. 64 Millionen um einen sehr hohen Finanzbedarf, den wir zu beschliessen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von Dübendorf zu berappen haben. Da ist Sorgfalt und Weitblick mehr als angebracht. Auch wenn dieses Projekt nun mit einigen Jahren Verspätung realisiert werden kann, da das letzte Projekt vom Gemeinderat abgelehnt wurde, haben wir nun ein für die Stadt Dübendorf würdiges Schulhausprojekt. Hätten wir dem damaligen Projekt zugestimmt, müssten wir heute bereits wieder sanieren und es wäre im Endeffekt nicht günstiger gekommen. Ein weiterer Vorteil bei diesem Projekt ist, dass es einen Mehrwert für das Birchlenquartier durch den Grün- wie auch Freizeitraum bildet. Dies ist besonders wichtig bei den bevorstehenden Aufzonungen.

Aber schauen wir in die Zukunft. Mit dem aktuell beantragten Kredit wird nun eine moderne und bezüglich Technik und Materialien auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Schulanlage entstehen können. Das «Neue Birchlen» bietet mit dem flexiblen Raumkonzept die Möglichkeit für künftige Erweiterungen. Denn, hält das Wachstum der Einwohnerzahl in Dübendorf weiter an, muss bereits heute mit einer weiter wachsenden Anzahl von Schulkindern gerechnet werden. Auch die im Projekt integrierte Produktionsküche auf die Erhöhung der Mahlzeiten ausgerichtet, welche durch immer mehr Kinder bei den Mittagstischen notwendig werden wird. Ausserdem ist das Musikschulzentrum, das ebenfalls im neuen Gebäude integriert werden soll, bereits auf die sich abzeichnenden Vorgaben des Kantons ausgerichtet, welche sich dort aktuell in der Vernehmlassung befinden.

Die Fraktion der SP erachtet das Projekt als ausgereift und wird dem Kreditantrag zustimmen."

Julian Croci (Grüne)

"Die Grüne Fraktion unterstützt den Kreditantrag für den Neubau des Schulhaus Birchlen. Nicht nur entschärft der Neubau die nach wie vor angespannte Schulraum Situation, er ist auch innovativ und zukunftscompatibel. Neben modernen Klassenzimmern und Gruppenräumen für einen modernen integrativen Unterricht bietet der Neubau auch Platz für die Musikschule und für die Produktionsküche für die ergänzende Betreuung der Primarschule. Insgesamt bedient der Neubau nicht nur die Ansprüche der angrenzenden Quartiere, sondern wird auch ein wichtiger Pfeiler der gesamten Primarschule.

Mit der Produktionsküche kann die Primarschule auch in Zukunft ein hochwertiges Mittagessen bereitstellen und für die Köchinnen und Köche ein attraktives Arbeitsumfeld garantieren. Die Produktion in Dübendorf hat auch weitere Vorteile, so können Transportwege kurzgehalten werden und mit richtiger Koordination kann hoffentlich auch Foodwaste vermieden werden. Die Vorteile über den Einkauf bei einem gesichtslosen Grosskonzern überwiegen. Hoffentlich werden diese Vorteile auch genutzt.

Doch nicht nur die lokale Produktionsküche sind gut auf die Zukunft abgestimmt, auch der Bau überzeugt uns. Zwar geht beim Abbruch der alten Schulanlage viel graue Energie verloren, die Vorteile des Neubaus überwiegen aber. Beim Neubau kommt zwar zu Teilen immer noch der Klimasünder Beton zum Zug, allerdings nimmt Holz eine ebenso wichtige Rolle ein und Beton wird nur eingesetzt, wo es fast nicht anders geht. Ein wichtiger Schritt und eine positive Entwicklung, wenn man bedenkt, wie selbst heute immer noch Betonklötze gebaut werden. Auch die Haustechnik ist zeitgemäss und erfüllt die Erwartungen. Ein weiterer Pluspunkt des Baus ist, dass dieser bei Bedarf erweitert werden könnte.

Die Gestaltung und Dimensionen setzen den Verdichtungsbedarf gut um und wir haben das Gefühl, dass der Neubau sich gut in das Quartier einfügt und den ästhetischen Ansprüchen gerecht wird. Der Aussenraum ist aus unserer Sicht gut konzipiert und wir freuen uns darüber, dass die Aussenanlage nicht nur auf simple Bewirtschaftung ausgelegt ist, sondern auch einen Mehrwert für die Biodiversität geschaffen wird. Wir sind überzeugt, der Aussenraum wird den Schülerinnen und Schülern viel Ab-

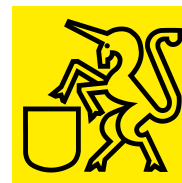


wechslung bieten können. Dies ist auch notwendig, werden doch in Zukunft mehr Kinder auf weniger Fläche auskommen müssen in den Pausen. Und so wie es nun aussieht werden auch einige der bestehenden Bäume den Abriss und Neubau überleben – genauso wie der Durchgang zwischen Kirchbachstrasse und Neugutweg. Apropos Gestaltung, das neue Musikschulzentrum hat es uns angetan, insbesondere der versteckte Dachgarten. Wer weiss, vielleicht finden die Konzerte der Musikschule ja nicht nur im Singsaal statt, sondern an einem lauen Sommerabend auch einmal als Serenade auf dem Dach der Turnhalle.

Alles in allem sind wir also sehr zufrieden und hoffen, die Dübendorfer Bevölkerung sieht es gleich. Wir hoffen aber, dass die Primarschule die Schulhausproblematik nicht aus dem Blick lässt. In Anbetracht des grossen Bevölkerungswachstums im Hochbord und in anderen Quartieren in Dübendorf müssen schon jetzt die notwendigen Massnahmen getroffen werden, um auch in mittelfristiger Zukunft genügend Schulraum zu Verfügung stellen zu können."

Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

"Ich möchte nicht alles nochmals wiederholen. Flavia Sutter hat das Geschäft schon sehr ausführlich in ihrem Votum für die KSG erläutert und die Grünliberalen können ihrem Votum so voll und ganz zustimmen. Wer schon etwas länger im Rat ist, hat miterlebt, dass das Projekt Schulhaus Birchlen schon eine längere und sogar eine bewegte Geschichte hinter sich hat. So ist bereits im Jahr 2014 ein erster Projektierungskredit bewilligt worden und zwar für einen Erweiterungsbau und Sanierungen. Das damalige, im Gemeinderat im Mai 2017 vorgelegte Projekt hätte knapp Fr. 30 Mio. gekostet und die GRPK hat dem Gemeinderat einstimmig die Ablehnung beantragt. Der Vorgang war schon etwas ein politisches Ereignis. Das Projekt wurde darauf vom Gemeinderat mit 21 zu 7 Stimmen abgelehnt. Ich kann mich an diese Diskussion noch gut erinnern und habe auch noch etwas im Protokoll nachgelesen. Die Ablehnung wurde mit verschiedenen Argumenten begründet. Einerseits konnte man die hohen Kosten nicht nachvollziehen und man wünschte sich eine Gegenüberstellung der Kosten zu den Kosten für einen Neubau. Entsprechende Angaben lagen aber nicht vor. Dann gab es Kommunikationsprobleme zwischen der Primarschule und der GRPK. Man hat befürchtet, dass der damals vorgesehene Schulraum nicht ausreichen wird und die Sanierung des alten Teils, welcher in einem schlechten Zustand war, zu weiteren Folgekosten führen würde. Die Ablehnung war aber umstritten. Man stand unter Zeitdruck. Es hiess, der aktuelle Zustand liesse sich nicht länger halten. Man könne sich ein Zurück-auf-Feld-1 nicht mehr leisten. Man befürchtete, dass ein neu geplantes Projekt auch wieder kritisiert würde und es sei nicht garantiert, dass die neue Lösung besser wäre. So würde man mit einer Ablehnung nichts gewinnen, aber neben Zeit auch weiteres Geld für jahrelange Planung verlieren. Es gäbe auch keine Garantie, dass das neue Projekt, dann tatsächlich günstiger werden würde. Heute wissen wir mehr. Wir wissen, dass der damals geplante Schulraum tatsächliche nicht ausgereicht hätte und man an einem anderen Ort noch mehr Schulraum hätte planen müssen. Aber wo hätten wir Platz dafür gehabt? Zum Glück müssen wir uns diese Frage heute nicht mehr stellen. Kommt es nun billiger? Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass nein. Wir reden über einen Kredit von über Fr. 64 Mio. Insgesamt ist es also mehr als doppelt so teuer. Wenn wir aber genauer hinschauen, dann sieht es anders aus: Wir bekommen nämlich auch mehr als doppelt so viel für dieses Geld als mit dem alten Projekt. Statt damals Raum für 16 Klassen inklusive Kindergarten bekommen wir nun Raum für 22 Klassen inklusive Kindergarten, statt 55 Betreuungsplätzen 144 Plätze, statt einer einfachen Turnhalle mit Gymnastikraum für Kindergärtner eine Doppelturnhalle, ein Musikschulzentrum, dessen Räumlichkeiten. auch von der Schule mitgenutzt werden können, sind neu auch inbegriffen. Zudem hat man mit dem neuen Projekt ein modernes Schulhaus und auch keinen alten Teil mehr, bei dem künftig weitere Sanierungskosten folgen. Die Primarschule hat sich mit diesem neuen Projekt sehr bemüht. Das Projekt hat einige Extrarunden gedreht und ja, durch das auch Zeit verloren. Hätten wir damals zugestimmt, wäre das damalige Projekt inzwischen umgesetzt. Diese Extrarunde hat sich aber mehr als gelohnt. Die Befürchtung, auch das neue Projekt würde wieder kritisiert werden und ob die neue Lösung dann wirklich taugte, die war zum Glück unbegründet. Jetzt



haben wir ein solides Projekt, mit welchem wir für die Zukunft gerüstet sind und das von allen befürwortet wird. Somit kann man sagen, diese Ablehnung im 2017, so umstritten sie damals war, hat sich gelohnt und war richtig. Was damals als Scherbenhaufen aus der Gemeinderatssitzung vom 29. Mai 2017 übrigblieb, ist heute ein Vorzeigeprojekt. Die Grünliberalen werden selbstredend zustimmen."

Abstimmungen

Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag der KSG (Anpassung der Beiträge an den Preisstand April 2023) mit 35 zu 0 Stimmen. Ausserdem beschliesst er die Streichung der Beschlussziffer 4 gemäss Antrag der KSG mit 36 zu 0 Stimmen. In der Schlussabstimmung stimmt der Gemeinderat dem Kreditantrag Neubau Schulanlage Birchlen mit zentraler Produktionsküche und Musikschulzentrum unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Der Stadtrat wird mit dem weiteren Vollzug des Geschäfts beauftragt.

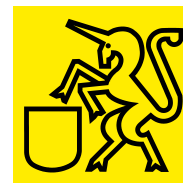
Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Für den Neubau des Schulhaus Birchlen mit zentraler Produktionsküche und Musikschulzentrum, wird ein einmaliger Kredit von Fr. 64'214'000.00 (Preisstand April 2023) zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
2. Der Baukredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Baukostenentwicklung zwischen der Kostenberechnung (Preisbasis April 2023 = 114,8 Punkte) und der Bauausführung.
3. Die Bildung einer Vorfinanzierung für die Schulanlage Birchlen in der Höhe von total Fr. 64'214'000.00 wird genehmigt.
4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.
6. **Timeout, Angebot als Teil des Kompetenzzentrums Sonderpädagogik;
Pilotprojekt 2024-2028
GR Geschäft Nr. 19/2023**

Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU), Sprecherin der Kommission für Schulgeschäfte

"Seit der Umsetzung des Zürcher Volksschulgesetzes ist es das Ziel, möglichst alle Schülerinnen und Schüler in der Regelklasse zu unterrichten. Dies stellt sich jedoch in der Praxis als herausfordernd dar, insbesondere bei Kindern mit erheblichen Schwierigkeiten im Bereich der Selbst- und Sozialkompetenz, vor allem im Verhalten. In Dübendorf sind daher vermehrt Interventionen zur Stabilisierung einzelner Klassen nötig. Darüber hinaus gibt es eine Zunahme von Querversetzungen einzelner Schülerinnen und Schüler innerhalb der Primarschule Dübendorf aus disziplinarischen Gründen, eine Zunahme von Sonderschulmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler im Bereich Verhalten, eine Zunahme von Maßnahmen zur Unterstützung und Begleitung von Lehrpersonen im Umgang mit der Belastung im Schulalltag sowie eine Zunahme der Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Schulpsychologischen Dienstes. Auch für die betroffenen Schülerinnen und Schüler kann der Unterricht in der Regelschule herausfordernd oder überfordernd sein. Im Schuljahr 2022/23 betrug die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in Dübendorf 2050. Davon waren 50 Schülerinnen und Schüler in der integrierten Sonderschulung, wobei 27 von ihnen Verhaltensschwierigkeiten haben. Die



Kosten pro Kind und Schuljahr belaufen sich durchschnittlich auf Fr. 33'140, was insgesamt rund Fr. 895'000 entspricht. Zusätzlich befinden sich 23 Schülerinnen und Schüler wegen Verhaltensschwierigkeiten in einer externen Sonderschulung. Die Kosten pro Kind und Schuljahr betragen hier durchschnittlich Fr. 59'523, was insgesamt rund Fr. 1'370'000 entspricht, zuzüglich der Transportkosten. Schliesslich gibt es noch 3 Kinder in einer Einzelschulung. Insgesamt fallen der Stadt Dübendorf jährlich Kosten von über Fr. 2,3 Millionen für Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensschwierigkeiten an.

Eine mögliche Lösung für die Herausforderungen im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die erhebliche Verhaltensschwierigkeiten zeigen, sind Timeout-Angebote. Bei einem Timeout werden die Schülerinnen und Schüler für eine begrenzte Zeit außerhalb der Regelklasse unterrichtet, um sie anschließend in die Stamm- oder eine andere Regelklasse zu integrieren. Das Timeout Angebot umfasst drei Bereiche: Beratung und Unterstützung für die Lehrpersonen vor Ort, Prävention und Weiterbildung sowie Timeout für Schülerinnen und Schüler. Es wird eng mit den Klassenlehrpersonen und den Eltern zusammengearbeitet, um die Rückkehr in die Regelklasse vorzubereiten. Ein Timeout-Angebot ist keine Kleinklasse oder externe Sonderschule, sondern dient dazu, akute Situationen zu entschärfen und Entwicklungen einzuleiten. Es handelt sich um eine temporäre Massnahme für akute Krisensituationen. Die Zuweisung in eine Timeout-Klasse erfolgt niederschwellig und kurzfristig, aber nach klaren Kriterien. Das oberste Ziel des Timeouts ist die Rückkehr der betroffenen Schülerinnen und Schüler in die Regelklasse. Bis jetzt führten Verhaltensschwierigkeiten oft zu Sonderschulungen oder Einzelschulmassnahmen. Das Timeout Angebot soll eine frühe Intervention ermöglichen und so auch Folgekosten im Sonderschulbereich reduzieren.

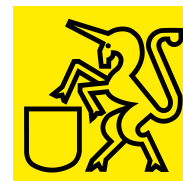
Die Primarschulpflege beantragt ein 4-jähriges Pilotprojekt für ein Timeout-Angebot ab August 2024. Das Pilotprojekt wird als dringlich angesehen, da sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrpersonen stark belastet sind und solche niederschweligen Lösungen fehlen. In der Umgebung von Dübendorf sind entsprechende Angebote selten und die Zuweisungsverfahren dauern oft lange, wodurch die Situation oft bereits eskaliert ist. Da es auch im Bereich der Sonderschulen im Bezirk Uster zu wenige Plätze gibt, werden Regelklassen zusätzlich belastet. Das Timeout-Angebot soll 6 Plätze bieten. Diese Anzahl wurde aufgrund von Erfahrungswerten aus bestehenden Angeboten aus anderen Gemeinden angenommen. Die sechs Plätze sollten als Grundsatz über das ganze Schuljahr hinweg verteilt vorhanden sein. Ein schulisches Timeout dauert unterschiedlich lang. So zeigen die Erfahrungen anderer Timeoutangebote, dass bei 6 Plätzen mindestens 12 Schülerinnen und Schüler von einem Timeout profitieren können.

Das Timeout-Angebot soll in den Räumlichkeiten der Schule stattfinden. Die Primarschule Dübendorf geht derzeit von einer Kooperation mit der Sekundarschule Dübendorf-Schwerzenbach sowie der Möglichkeit, auch deren Räumlichkeiten nutzen zu können, aus. Die Primarschule könnte das Angebot aber auch unabhängig von der Sekundarschule führen.

Für das Timeout-Angebot sollen eine Lehrperson und eine Sozialpädagogin/ein Sozialpädagoge angestellt werden. Geplant ist, im August 2024 mit dem Angebot zu starten. Im August und September 2026 soll das Pilotprojekt evaluiert und über eine endgültige Einführung entschieden werden. Gegebenenfalls wird eine endgültige Einführung bis Oktober 2027 vorbereitet und bis August 2028 umgesetzt.

Die beantragten Kosten für das Timeout-Angebot setzen sich aus den Lohnkosten für schulische Heilpädagogik (Fr. 163'000 brutto für 100%) und Sozialpädagogik (Fr. 120'000 brutto für 100%) sowie Fr. 5'000 für die Supervision des Personals zusammen, insgesamt Fr. 288'000 pro Jahr.

Die Primarschulpflege erwartet jedoch, dass das Projekt Kosten für Sonderschulungen, einschliesslich Transportkosten für den Transport von Schülerinnen und Schülern an externe Sonderschulen, deutlich senken kann. Es wird auch erwartet, dass das Angebot zu einer Reduzierung von Einzelunterricht, Coaching- und Beratungskosten und Weiterbildungskosten führt. Zudem kann die Primarschule offen



zugeteilte Stellenprozente des kantonalen Stellenplans, also Ressourcen aus dem sogenannten Gestaltungspool, im Umfang von 50% Stellenprozenten zu Gunsten des Timeout-Angebots einsetzen. Dies betrifft Stellenprozente, welche bisher zur Intervention und Stabilisation von herausfordernden Klassensituationen verwendet worden sind. Insgesamt rechnet die Primarschule mit geschätzten Einsparungen von Fr. 199'000.

Zudem werden aufgrund der Erfahrungen in anderen Gemeinden (Uster, Adliswil, Wetzikon) und in Liechtenstein indirekte Einsparungen erwartet, da Lehrpersonen entlastet werden, gesund bleiben und weniger Unterstützungsmassnahmen benötigen. Je nach Kapazität können die Plätze auch anderen Gemeinden angeboten werden, was zusätzliche Einnahmen von etwa Fr. 1'300 pro Schulwoche generieren könnte. Es fallen keine weiteren Kosten für Schulraum, Mobiliar, Lehrmittel und Verbrauchsmaterial an.

Die Primarschule Dübendorf plant das Timeout-Angebot als Pilotprojekt, das 2026 evaluiert werden soll. Das Ziel des Projekts ist es, die Primarschule im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu unterstützen und zu entlasten. Durch Beratung und Unterstützung sollen diese Schülerinnen und Schüler länger in der Regelklasse bleiben oder nach einem Timeout in eine andere Klasse integriert werden können. Das Timeout-Angebot soll auch zu einer Reduzierung von Sonderschulungen führen und ein ruhiges und lernförderliches Klima in den Klassen schaffen. Es soll zudem die fachliche Weiterentwicklung und Weiterbildung im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern sicherstellen. Die Evaluation des Projekts wird sowohl quantitative als auch qualitative Messungen umfassen, wie die Anzahl von Beratungen von Lehrpersonen, Reintegrationen in die ursprüngliche oder andere Regelklassen, Sonderschulungen nach dem Timeout-Aufenthalt und durchgeführte Weiterbildungen durch die Fachpersonen des Timeout-Angebots.

Fazit

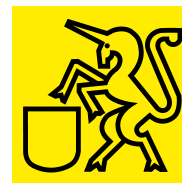
Die Primarschulpflege hat in ihrem Antrag das Problem der verhaltensauffälligen Kinder in den Regelklassen detailliert dargelegt und eine überzeugende Lösung vorgeschlagen. Die KSG anerkennt das Problem und unterstützt die Suche nach Lösungsansätzen. Der vorgeschlagene Lösungsvorschlag ist gut durchdacht, auf die Problematik zugeschnitten und umfassend, da alle Beteiligten einbezogen werden. Das Pilotprojekt erscheint angemessen in Bezug auf Umfang (200 Stellenprozente, 6 Timeout-Plätze) und Kosten im Verhältnis zur Größe der Primarschule Dübendorf und den zu erwartenden Einsparungen. Die KSG befürwortet daher die Umsetzung des Pilotprojekts.

Es gibt jedoch gewisse Bedenken hinsichtlich der Evaluation des Projekts. Die KSG ist der Meinung, dass für eine Überführung in eine endgültige Lösung nach Abschluss des Pilotprojekts, welche dann auch eine Volksabstimmung zur Folge hätte, messbare Ergebnisse vorliegen müssen. Die Primarschulpflege hat zwar Parameter genannt, anhand derer der Erfolg des Projekts gemessen werden soll, aber es bleibt teilweise unklar, wie diese Parameter evaluiert werden können. Man kann zwar messen, wie viele Sonderschulungen es gegeben hat. Wichtiger wäre es jedoch zu wissen, wie viele Sonderschulungen durch das Timeout-Projekt verhindert wurden. Es wird daher von der KSG erwartet, dass nicht nur quantitative Messungen wie die Anzahl von Gesprächen, Beratungen und Platzierungen durchgeführt werden, sondern auch qualitative Erhebungen. Insbesondere Rückmeldungen von Lehrpersonen, die das Timeout-Angebot für eines ihrer Schulkinder genutzt haben, sollten, wenn möglich, in die Evaluation einbezogen werden.

Die KSG beantragt dem Gemeinderat einstimmig, dem vierjährigen Pilotprojekt Timeout (Schuljahre 24/25, 25/26, 26/27 und 27/28) zuzustimmen und den dafür nötigen Gesamtkredit von Fr. 1'131'999.00 zu genehmigen, verteilt auf die Kalenderjahre 2024 Fr. 117'916.00, 2025 Fr. 283'000.00, 2026 Fr. 283'000.00, 2027 Fr. 283'000.00 und 2028 Fr. 165'083.00."

Stellungnahme Stadtrat, Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

"Vielen Dank an die Schulkommission für offene Prüfung unseres Anliegens und die gute Zusammenarbeit. Wie sich gezeigt hat, hat die Primarschulpflege ein brandaktuelles Thema vorweggenom-



men. Aktuell gibt es einen Vorschlag des Kantons für erweiterten Lernraum, der in dieselbe Richtung geht. Und auch die kürzlich lancierte Volksinitiative für Förderklassen zielt auch in Richtung, in welche das Projekt gehen soll. Die Primarschule leistet mit dem Projekt einen wichtigen Beitrag zu einer guten Integration von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten leisten zu können. Eine genaue Messbarkeit ist in der Bildung immer schwierig, das ist ein wenig die Krux, die wir haben. Das müssen wir nochmals genau anschauen, um die Vorschläge zu prüfen und das Thema Evaluation nochmals zu überdenken."

Diskussion

Stefan Angliker (FDP)

"Das wichtigste Aktivum an unserer Schule ist das qualifizierte und motivierte Lehrpersonal. Wir haben heute in Dübendorf eine qualitativhochstehende Schule. Das ist nicht selbstverständlich, angesichts der Herausforderungen, die der gesellschaftliche Wandel und die Belastung von der integrativen Schule für das Lehrpersonal darstellen. Das Projekt der Primarschule, ein sonderpädagogisches Zentrum aufzubauen, soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass das Lehrpersonal im Regelbetrieb entlastet werden kann. Das Angebot «Timeout» stellt dabei einen integralen Bestandteil dieses Projekts dar. Wir erachten das Vorgehen der Primarschule, zuerst ein Pilotprojekt durchzuführen, um Erfahrungen zu sammeln, als angemessen. Wir werden diesen Antrag deswegen unterstützen.

Die Auswertung des Pilotprojekts wird entscheidend sein, ob eine Weiterführung sinnvoll ist oder nicht. Es ist aus unserer Sicht wünschenswert, dass sich die Primarschule bei der Definition der Indikatoren und Parameter, anhand derer das Projekt gemessen werden kann, noch weitere Gedanken macht und da noch nachlegt und zwar nicht erst nach Abschluss des Pilotprojekts, sondern am besten in den nächsten Monaten, damit bei Bedarf auch noch dynamisch der Pilotbetrieb angepasst werden kann. In diesem Sinne wird die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen."

Oliver Kellner (Grüne)

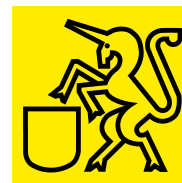
"Die Grünen Dübendorf unterstützen das Pilotprojekt Time-Out. Die Klassen in der Volksschule werden zunehmend heterogener. Leider kommt es immer wieder vor, dass Kinder sich schwierig verhalten. Dies kann aus familiären oder medizinischen Gründen sein. Um auf die vielfältigen Bedürfnisse und Begabungen eingehen zu können, sind flexible, niederschwellige Angebote nötig. Wir unterstützen klar den Ansatz, dass es sich beim Time-Out um eine Reintegrationsmassnahme handelt. Die Kinder sollen also wieder in die Stammklasse zurückkehren. Die Integration aller ist uns ein grosses Anliegen. Niederschwellige Angebote im sonderpädagogischen Bereich sind zurzeit rar. Der schulpsychologische Dienst, sowie private Psychotherapeutinnen und -therapeuten sind über Monate ausgebucht. Es gibt lange Wartelisten. Im Bezirk Uster stehen deutlich zu wenig Plätze an externen Sonderschulen zur Verfügung. Das Time-out könnte hier für Entlastung sorgen, weil Kinder dank diesem Angebot schneller reintegriert werden können. Sie brauchen im besten Fall keine teure Sonderschulung. Daher sehen wir die Anzahl der Plätze – nur sechs – als eher knapp bemessen an.

Ebenfalls fragen wir uns, in welchem Schulhaus die Time-Out-Klasse untergebracht wird. Dübendorf erstreckt sich über eine grosse Fläche. Vom Bahnhof Stettbach bis zum Schulhaus Sonnenberg sind es gut drei Kilometer. Erwachsene gehen diese Strecke in 40 Minuten. Verhaltensauffällige Kinder dürften einiges länger haben. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln dauert die Reise ungefähr 20 Minuten. Trotzdem sehen wir das Potential des Kompetenzzentrums mit einer Time-Out-Klasse. Wir erwarten eine sorgfältige Evaluation am Ende der Pilotzeit.

Die Grüne Fraktion empfiehlt euch die Annahme des vierjährigen Pilotprojekts und einer Zustimmung zum Gesamtkredit."

André Csillaghy (SP)

"Es freut mich, ein durchweg positives Votum für das Projekt "Timeout" abgeben zu dürfen. Wir sehen in der Beschreibung ein Projekt, das gründlich durchdacht erscheint und zweifellos eine Verbesserung der Lehr- und Lernqualität in der Primarschule mit sich bringen wird. Es stellt ein wertvolles zu-



sätzliches Angebot dar, das nicht nur betroffene Kinder und Lehrer:innen unterstützt, sondern auch den restlichen SchülerInnen zu Gute kommt. Wenn ein Kind ein Timeout erhält, entsteht eine Entlastung für die gesamte Klasse. Es bietet eine Zwischenlösung zwischen den Anforderungen einer Regelklasse und der totalen Ausgrenzung. Es gibt den Kindern, die oft sehr verzweifelt sind, eine Gelegenheit zur raschen Reintegration. Die vorgesehenen vier Jahre sind angemessen, um die Wirksamkeit des Projekts zu überprüfen, denn eine Anlaufphase von mindestens zwei bis drei Jahren ist erforderlich, bevor eine Evaluation sinnvoll ist, und eventuell Anpassungen vorgenommen werden.

Zudem macht es Sinn, die sonderpädagogischen Aufgaben auf Gemeindeebene auszubauen. Die SP bevorzugt klar die Integration der Kinder in Regelklassen, denn es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe, alle zu integrieren und Unterschiede zu akzeptieren. Die öffentliche Schule ist keine Eliteschule. Es wäre jedoch unverantwortlich, nicht anzuerkennen, dass manche Situationen derart ausser Kontrolle geraten, dass eine aktive Intervention notwendig ist.

Auch aus finanzieller Sicht ist es vernünftig, lokale Lösungen zu suchen. Das Platzieren von Schülern in Einzelschulungen oder externen Sonderschulen, teilweise in Privatschulen, ist weder nachhaltig noch kosteneffizient. Wir sollten die Mittel eher in die Integration der Kinder investieren, anstatt in Transportkosten.

Wir haben Fragen zur konkreten Tagesgestaltung der Kinder, doch wir vertrauen darauf, dass dies eine Frage der Umsetzung ist und geklärt wird. Es wäre wünschenswert, eine nahe Koordination mit der Sekundarschule sicherzustellen, da in diesem Bereich schon Erfahrung besteht, und ein hohes Potential für Zusammenarbeit vorhanden ist. Die Bedingungen für Erfahrungsaustausch, Synergien und Kontinuität scheinen jedoch schon heute gegeben zu sein.

Abschliessend möchten wir das Monitoring ansprechen. Eine kontinuierliche Begleitung und die Möglichkeit zur Anpassung während des Projekts sind essenziell, um das optimale Vorgehen zu finden. Wir sind zuversichtlich, dass die Primarschule ausführliche Statistiken führen wird und erwarten regelmässige Berichterstattungen im Jahresbericht.

Wir wünschen der Primarschulpflege für dieses Pilotprojekt viel Erfolg."

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Pilotprojekt 2024-2028 «Timeout; Angebot als Teil des Kompetenzzentrums Sonderpädagogik» und dem dafür benötigten Kredit mit 36 zu 0 Stimmen zu. Die Primarschule wird mit dem Vollzug beauftragt.

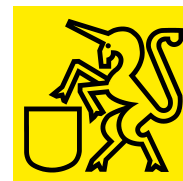
Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Dem vierjährigen Pilotprojekt Timeout (Schuljahre 24/25, 25/26, 26/27 und 27/28) wird zugestimmt.
2. Dem dafür nötigen Gesamtkredit von Fr. 1'131'999.00 wird zugestimmt. Verteilt auf die Kalenderjahre 2024 Fr. 117'916.00, 2025 Fr. 283'000.00, 2026 Fr. 283'000.00, 2027 Fr. 283'000.00 und 2028 Fr. 165'083.00.
3. Mitteilung Primarschulpflege zum Vollzug.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.



Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2023 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 6. November 2023 festlegen.

Damit ist die 13. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:06 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schärli
Gemeinderatspräsident